

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abonnementpreis monatlich 50 Pf., vierteljährlich 1,50 Mk.; durch die Post bezogen monatlich 1,50 Mk., vierteljährlich 4,50 Mk. — Fest- und Versammlungsinserate kosten pro Zeile 25 Pf. — Geschäftsinserate werden nicht aufgenommen.



Verantwortlich für die Redaktion: Theodor Wagner; Druck: H. Handmann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, sämtlich in Bochum, Wilmershauser Straße 38-42. Telefon-Nr. 98 u. 89. Telegr.-Nr.: 1117 Verband Bochum.

Wunsch in die Zukunft.

(Meinen Söhnen.)

Du, der auf kurzen Beinen trippelt durch die Welt, hörst nicht das blutige Weinen, das diese Tage durchgellt.

Du in der engen Wiege schlummerst in guter Ruh'. Sahnen, Jubel und Siege fallen dir wunschlos zu.

Ich aber stehe dazwischen, der schweren Zeiten bewußt, Wonne und Wehe mischen sich seltsam in meiner Brust.

Wenn einst die letzte Hülle eurer Kindheit reißt: Wohin euch wohl die Hülle eurer Erinnerung weist?

Daß kein Mensch fürder sterbe durch eines Menschen Hand: Erkennt ihr darin euer Erbe? Fühlt ihr euch dem verwandt?

Ein Wunsch für euch, die Spättern, macht mir die Seele weit: werdet mir zu den Vätern einer neuen Zeit!

Karl Bröger.

Gebote der Stunde.

Das erste und wichtigste Gebot für jeden unserer Volksgenossen ist, nichts zu tun, was den ungeheuren Kampf Deutschlands um seine Existenz erschwert, alles zu unterlassen, was den mörderischen Krieg zu verlängern geeignet ist. Diesen Standpunkt hat die „Bergarbeiter-Zeitung“ seit Kriegsbeginn eingenommen, sie wird ihn bis zum hoffentlich baldigen Kriegsende beibehalten. Wir sind absolut sicher, für diese Haltung die Zustimmung unserer Mitglieder in den Schützengräben wie in den Bechensbetrieben zu finden. Wenn die Friedensglocken läuten und dann eine rückhaltlose Aussprache stattfinden kann, wird sich auch vor der breitesten Öffentlichkeit erweisen, daß eine unverantwortliche Abenteuerpolitik keinen Boden in den Reihen der bewährtesten Kerntruppen des Bergarbeiterverbandes gewinnen konnte. Die offene Aussprache wird die Einmütigkeit der Bergarbeiterverbändler in eben diesem ersten und wichtigsten Gebot der jetzigen Stunde därtun.

Das zweite Gebot ist die Erhaltung der körperlichen Gesundheit und Leistungsfähigkeit auch der Volksgenossen, die im Heimatlande ihrer Berufstätigkeit nachzugehen haben. Im Interesse unseres Vaterlandes sprechen wir es aus, daß die sogenannten „Blaumacher“ oder „Quertreiber“ der Einigkeit des Volkes absolut ungefährlich sind im Vergleich zu den Wucherern auf dem Lebensmittelmarkt. Das sind die landesgefährlichen Unterwähler der Volkseinzigkeit, sie sind es, deren Treiben das Volk in steigende Besorgnis versetzt, die es die Drangsale des Krieges besonders bitter empfinden lassen. Die Regierung muß jetzt ihre volle Macht anwenden, um die Lebensmittelversorgung zu wirklich angemessenen Preisen vom nationalen wirtschaftlichen, nicht privatwirtschaftlichen Gesichtspunkt aus zu bewerkstelligen. Je rascher und gründlicher das geschieht, desto besser für Deutschland.

Das dritte Gebot haben die Werkbestitzer zu beachten. Es heißt: Zahl höhere Löhne, auch wenn ihr deswegen während des Krieges nur ganz geringe Gewinne erzielt! Die Tüchtigkeit und der Fleiß, die vaterländische Arbeits- und Opferfreudigkeit der Bergarbeiter ist offiziell und von privatkapitalistischer Seite wiederholt rühmend anerkannt worden. Sühnt! Aber es darf nicht verschwiegen werden, daß es immer noch vielfach bei dieser Anerkennung geblieben ist, die Entlohnung und sonstige Behandlung großer Teile der Arbeiterklasse immer noch sehr viel zu wünschen übrig läßt.

Wir sind keine Phantasten, die an die „Ueberwindung des Gegensatzes zwischen Arbeit und Kapital durch die gemeinamen Kriegserlebnisse“ glauben. Das taken wir selbst in der ersten Zeit der stärksten Kriegseinzigkeit nicht und haben das hier pflichtgemäß den Wundergläubigsten gesagt. Inzwischen hat das

Treiben der Aufkäufer und Monopolisten ebenso erkältend wie aufklärend gewirkt. Der Klassen Widerspruch zwischen dem nationalen Gesamt- und dem privatwirtschaftlichen Einzelinteresse ist nie so offenbar geworden als während des Krieges. Die Kriegslage, welche den Arbeitern als Volksgenossen Einschränkungen ihrer gewerkschaftlichen Kampfmittel auferlegt, darf aber nicht von den wirtschaftlich günstiger Gestellten mißbraucht werden. Darum ist es ein vaterländisches Gebot für alle Unternehmer und Werkbestitzer, auch den Arbeitern ausnahmslos durch Lohnaufbesserungen das wirtschaftliche Durchhalten zu ermöglichen.

Das vierte, aber nicht unwichtigste Gebot ergeht an unsere Kameraden und Arbeitsbrüder: Seid einig, haltet treu zum Verbande und holt die Säumigen wie die noch Denksaulen zur Organisation heran!

Muß man einem Arbeiter, der offenen Auges die Vorgänge im Wirtschaftsleben verfolgt, noch erst erzählen, was nach der hoffentlich recht baldigen Beendigung des Krieges kommen wird? In unserer Mappe haben wir zahlreiche Auslassungen von christlichen, hirsch-bunderischen und polnischen Gewerkschaftsorganen, katholischen, evangelischen und christlich-sozialen Arbeiterblättern, die alle ihrer Enttäuschung und starken Verstimmung über das Verhalten der Unternehmerverbände an ihrem die Arbeitergewerkschaften ablehnenden Standpunkt beklagen und verteilen. Wir besitzen auch aus der Kriegszeit eine Reihe von Erfahrungen und Dokumente dafür, daß die Werkbestitzerverbände die wirklich wirtschaftsfriedlichen Vorschläge der Arbeiter ablehnten, die Vereinigungen sogar vor Verhandlungen mit den Arbeitervertretern dringend warnen. Uns liegen auch Dokumente vor, aus welchen hervorgeht, daß die betreffenden Unternehmer an eine alsbaldige Lohnherabsetzung nach dem Kriegedenken und schon wieder das Gerbehalten massenhafter billiger Arbeiter aus dem Auslande erwägen! Wer glaubt denn, daß die Lebensmittelpreise nach dem Krieges auf ihren Stand vor dem Krieges zurückkehren? Das werden sie nicht tun! In welche Lage geraten dann die Arbeiter, wenn trotzdem der Lohn noch gekürzt wird? Ueberlegt euch das, Kameraden, nur recht ernstlich und ihr werdet wissen, welches Gebot ihr als Arbeiter und Familienernährer unbedingt zu befolgen habt!

Träumt nicht! Sorgt für eure Zukunft! Stört euch nicht an Flug schwärmende Blaumacher, die euch raten, einfach alles gehen zu lassen wie es wolle. Weist auch die Einigkeitstörner zurück, denn sie besorgen, wenn auch nur unbewußt, die Geschäfte eurer wirtschaftlichen Gegner.

Wer seine Zeit als Arbeiter recht versteht, der befolgt das Gebot: Wir müssen einig sein und nun sofort die Reihen des Verbandes bedeutend verstärken, damit wir, wenn der Krieg beendet ist, auf alle Fälle gerüstet sind!

Bergbautechnik und Bergarbeit.

Ein noch praktisch tätiger Grubenbeamter schreibt uns: Fünfundzwanzig Jahre sind es her, seit in Essen das Kohlen-Syndikat für den rheinisch-westfälischen Industriebezirk gegründet wurde. Man stand dieser Gründung damals mit sehr gemischten Gefühlen gegenüber. Die einen fürchteten so etwas wie Monopolwirkung, während andere die Wiederbelebung des damals arg darniederliegenden Bergbaues davon erhofften. Als Motiv der Gründung darf aber wohl beides betrachtet werden. Weibes ist denn auch im Laufe der Zeit eingetreten. Ersteres wohl nicht in dem Maße, wie von den Gründern gewünscht und gehofft, doch immerhin fühlbar für die Kohlenverbraucher, das zweite dagegen in einer alle Erwartungen übertroffenen Weise. Kein Produktionszweig hat eine derartige Aufwärtsentwicklung durchgemacht als der Bergbau, eine Entwicklung, die geradezu katastrophenartig genannt werden muß. Wie sah es denn damals im Bergbau aus? Niedrige Kohlenpreise, noch niedrigere Arbeitslöhne, und anstatt Ausbeute meist Zubuße. Heute dagegen das glänzende Bild. Und wenn wir jetzt die Gewoheit haben, daß in dem gegenwärtig wütenden grauenvollen Kriege, des größten, den die Welt bisher erlebt, unser heimischer Bergbau die Probe auf's Exempel besteht, d. h. imlande ist, uns vor der gefährlichen Kohlennot zu bewahren, dann muß das nicht zum geringsten Teil auf das Verdienstkonto der großen Produktions- und Verkaufsorganisation gebucht werden.

Allein konnte das Syndikat diese unerhört glänzende Entwicklung allerdings nicht auslösen. Es bedurfte dazu einer verbesserten Bergbautechnik, mit der es vor 25 Jahren genau so im argen lag, wie mit dem Kohlengeschäft selbst. Erst indem das Syndikat neben oder richtiger infolge der Befruchtung des Kohlenmarktes auch der Technik die Bahn für neue Methoden frei gemacht, konnte der Aufstieg zu der heutigen sonnigen Höhe beginnen. Neben den Kaufleuten und Wirtschaftspolitikern des Syndikats haben also auch die Techniker an der erfolgreicheren Entwicklung unseres Bergbaues einen wesentlichen Anteil. Eine verbesserte Technik hat uns bessere Gewinnungs- und Fördermethoden, vollkommenerer Bewetterungs- und Entwässerungseinrichtungen gebracht. Namentlich die Verwendung der Preßluft zu unterirdischen Betriebszwecken hat geradezu revolutionierend gewirkt. Wir fördern heute mit Luft, wir bohren und schürfen mit Luft, wir treiben Bewetterungstriebe mit Luft an und weiß Gott wozu nicht alles die komprimierte Luft verwendet wird. Die Sandventilatoren (sogenannte Wettermühlen) ungelungen Angelegenheiten sind vollends aus den Betrieben verschwunden. Diesen Menschenqualern, die so oft die Ursache zu Unglücksfällen gewesen, ist die Bergbehörde mit unerhörter Strenge zu Weibe gegangen. Der mit Preßluft angetriebene, sehr viel leistungsfähigere Sonderventilator sowie die Strahlapparate sind an ihre Stelle getreten. Die Bohrarbeit, das Tiefbringen der Bohrlöcher zur Sprengung des Minerals, hat ebenfalls eine vollständige Aenderung erfahren. Meißelbohrer und Schräufel werden nur noch sehr wenig gebraucht, so daß die übrigen Bergleute sie kaum noch zu handhaben verstehen. Sie sind durch Bohrmaschinen aller möglichen Systeme, gute und schlechte, ersetzt. Mit der Bremsbergförderung ist es nicht anders.

Den Platz der alten einfachen Wellen- und Scheibendrehen nimmt der moderne Luftschapel ein. Fast auf jedem Bremsberg und blinden Schacht arbeitet eine solche Maschine, deren Geräusch einem mitunter das Gefühl verursacht, als befände man sich nicht in der Grube, sondern auf einem Großstadtbahnhof und vernehme das Pfuschen der Lokomotiven. Die Bremsbergförderung ist von Grund aus umgestaltet worden. Während bei den alten Bremsmaschinen das Fördergut nur in abwärtsgehender Richtung bewegt werden konnte, sind wir heute an eine bestimmte Richtung nicht mehr gebunden. Durch die verbesserten Fördereinrichtungen aber haben sich viele neue und rationelle Abbaumöglichkeiten eröffnet. Vor allem ist dadurch erst der Abbau mit Vergeversak in größerem Umfang möglich geworden, eine Einrichtung, deren Vorzüge sich sogar jedem Vaten sinnefällig kundtun, wenn er sehend die Siedelungen und Fluren unserer Gegend durchwandert. Die oberirdischen Bergschäden sind viel seltener geworden und die alten, das Landschaftsbild so sehr verunglückenden und das ästhetische Auge verletzenden Bergbalden sind fast vollständig verschwunden. Sie haben als Verfallmaterial in der Grube wieder Verwendung gefunden. An ihrer Stelle finden sich auf vielen Bechen, namentlich auf den neueren Anlagen, heute Rasenplätze, Springbrunnen und Blumenbeete.

Noch vieles andere könnte zum Lobe der heutigen Grubentechnik angeführt werden, doch das Gefagte dürfte den Anteil der Technik an dem Aufstieg des Bergbaues genügend illustrieren. Die im Bergbau tätigen Techniker selbst, die technischen Grubenbeamten, deren Geist und Initiative der Fortschritt zu verdanken ist, haben allerdings eher Nachteile als Vorteile aus ihrem Streben gezogen. Ihre Dienstverhältnisse sind, abgesehen vielleicht von der Entlohnung, mißlicher als je zuvor. Es ist nicht unsere Aufgabe, zu untersuchen, an wem da die Schuld liegt. Es gibt Leute, die meinen, die Beamten seien selbst schuld. Ueberlassen wir sie darum ihrem Schicksal und untersuchen wir, in welcher Weise die Arbeiterschaft von dem technischen Fortschritt beeinflusst worden ist. Daß der glänzende Aufstieg nicht ohne Mitwirkung der Arbeiter vor sich gehen konnte, ist gar nicht zu bestreiten. Die Bergleute haben sich schnell den veränderten Verhältnissen angepaßt. Ihre Intelligenz, ihr Geschick und ihr Anpassungsvermögen machten erst die Verwendung der technischen Neuerungen möglich.

Haben die Bergarbeiter aber auch Nutzen aus dieser Entwicklung der Dinge gezogen? Daß die Grubenbestitzer bedeutende Vorteile dabei erzielten, kann wohl nicht bestritten werden. Aber daran zweifelt, sehe sich nur die alljährlichen Geschäftsberichte der Bechensgesellschaften an, die dort verzeichneten Dividenden werden ihm über jeden Zweifel hinweghelfen. Wohl ist durch den Abbau mit Vergeversak das Verhältnis der direkt unproduktiven Arbeiter zu den produktiven etwas ungünstiger geworden — es mag sich im allgemeinen wie 50 zu 50 verhalten —, dafür ist aber die effektive Leistung der Hauer durch die umfangreiche Verwendung der Bohrmaschine, Schüttelrutschen u. dergl. beträchtlich in die Höhe gegangen, wodurch die Kosten des Vergeversakes glänzend wieder aufgehoben werden. Auf die Lage der Arbeiter hat dagegen die Entwicklung eher negativ als positiv eingewirkt. Nicht einmal die Löhne sind über das Maß des Notwendigsten hinausgestiegen, und die Arbeit in der Grube

selbst ist nicht nur nicht mühseliger, sondern im allgemeinen schwieriger und mühevoller geworden. Von der Wetterwirtschaft kann allerdings festgestellt werden, daß infolge der besseren Bewetterung der Aufenthalt in der Grube nicht mehr so gesundheitsschädigend ist als früher. Von Ausnahmefällen, die leider beim besten Willen nicht immer zu vermeiden sind, abgesehen, wird heute jedem Arbeiter eine verhältnismäßig gute Luft in genügender Menge zugeführt. Von der Bergbehörde werden drei Kubikmeter für den Mann in der Minute verlangt, in Wirklichkeit wird auf den meisten Bechen mit modernen Ventilations-einrichtungen aber mehr geleistet. Die Zeit, wo man die Hauer oft zum Steiger sagen hörte: „Bei uns brennt es nicht“, was heißen sollte, daß die Rampen erlöchen und im Dunkeln gearbeitet werden mußte, ist somit für immer dahin. Wenn trotzdem der Gesundheitszustand der Bergleute, wie es scheint, im allgemeinen eher schlechter als besser geworden ist, so liegen die Ursachen dafür anderswo, worauf wir nachher noch zu sprechen kommen. Das eine steht jedenfalls fest: infolge der besseren Ventilation der Gruben und der damit zusammenhängenden größeren Geschwindigkeit des Wetterstromes gelangen die aus den verschiedensten Ursachen auftretenden schädlichen Beimengungen (Gase) in stark verdünnter Form, also in weniger gefährlichem Zustande in den Organismus des Arbeiters, können also hier auch nicht so viel Unheil anrichten, als bei der früheren schlechten Wetterwirtschaft. Daß aus demselben Grunde auch das stets auftretende Grubengas (Schlagwetter) schneller verdünn und auf Prozentfüße reduziert wird, die eine Explosionsgefahr nicht mehr in sich bergen, ist eine Tatsache, die wohl am besten durch den Umstand erhärtet wird, daß auf der gefährlichsten Schlagwettergrube, Sibirnia, schon in 24 Jahren keine Explosionen mehr vorgekommen sind. Wenn allerseits genau den Vorschriften entsprechend gearbeitet wird, dann brauchen Katastrophen wie die von Raddob, Lothringen u. a. heute nicht mehr vorzukommen. Da durch die bessere Bewetterung auch die Temperaturverhältnisse im allgemeinen günstiger geworden sind, so liegt hier unzulugbar ein Fortschritt auch zum Wohle des Arbeiters vor.

Zu einem anderen Ergebnis dürfte dagegen eine nähere Betrachtung der Bohrmaschinentechnik führen. Durch die Preßluftbohrmaschine ist die Arbeit des Bohrens an sich leichter geworden. Diese Vorteile sind aber durch die Begleitererscheinungen des Bohrens nicht nur vollständig wieder aufgehoben, sondern sogar ins Gegenteil verkehrt, so daß hier aus dem Fortschritt eine Plage wird. Namentlich in Gesteinsbetrieben ist die Bohrmaschine (Bohrhammer) zu einem Fluchgeist für die Arbeiter geworden. Abgesehen von den Kohlen-schüssen müssen hier alle anderen Böcher stehend-freihändig gehöhrt werden. Eine Stelllage bauen zum Auflegen der Bohrmaschine erlaubt Zeit und Gedinge meist nicht. Mit Unterleib-, Brustkasten oder Schultern muß der Maschine der nötige Gegendruck verschafft werden, wenn das Bohren schnell bankstatten gehen soll. Und schnell muß es gehen, da sonst ein guter Lohn nicht erzielt wird. Man muß auseinanderhalten: die Bohrmaschine hat wohl die effektive Leistung des Hauer erhöht, nicht aber die physische Leistungsfähigkeit. In dem Maße, wie die effektive Leistung sich steigert, wird das Gedinge erniedrigt, da doch über ein bestimmtes Durchschmittmaß hinaus nicht verdient werden soll. Die physische

Leistungsfähigkeit des Arbeiters wird, aber durch die Bohrmaschine viel mehr in Anspruch genommen, als beim Tiefbohren der Bohrer mittels Meißelbohrer und Häufel. Weil das Bohren mit der Maschine nicht so viel Zeit in Anspruch nimmt, kann eben effektiv mehr gebohrt und mehr Steine losgesprengt werden. Da aber das Wegschaffen des Gesteins ungleich anstrengender und kraftaufwendiger ist als das Bohren der Bohrer, beim Bohren zudem noch Staub in einem Maße aufwirbelt, daß das regelmäßige Atmen fast unmöglich wird, so hat die Bohrmaschine dem Arbeiter keine Erleichterung seiner Tätigkeit gebracht, sondern eine bedeutende Erschwerung, was durch sinnloses Mühen und Streben nach sogenannten Meißelböhlen seitens anderer Arbeiter vielfach noch verschlimmert wird. Mit einem anständigen Durchschnittslohn sind ja viele nie zufrieden. Sie müssen stets mehr, viel mehr haben als andere Kameraden. Kommt dann der Steiger und reduziert das Gehänge, dann schimpfen sie zwar weidlich über diesen, wüßten aber im übrigen lieber so viel mehr drauflos, um ja wieder den Lohn des Vormonats zu erreichen. Nun wird wieder abgezogen und schließlich ist auch nicht einmal mehr ein auskömmlicher Durchschnittslohn herauszukommen. Diese Leute sind der Schrecken der übrigen Bergleute. Sie, nicht die Beamten, sind es, die stets, wenn auch ungewollt, für eine Regulierung der Gehänge nach unten sorgen. Der kräftige Wille, unter allen Umständen einen guten Lohn zu verdienen, in Ehren, aber die Miesen an Kraft und Energie sollten doch bedenken, daß es auch weniger starke Menschen gibt, denen sie durch ihre Unvernunft den Daseinskampf nur noch schwerer machen. Daß sie sich selbst aber den größten Schaden zufügen, scheinen die Wühler nicht einzusehen. Die Erfahrung lehrt doch, daß diese Arbeiter meist mit 40 Jahren bergfertig sind und vielfach sogar reif für den Senfmann sind. Ich habe Gesteinsbauer gekannt, kraftstrotzend und Sinnen von Gestalt, die in den besten Jahren ins Grab sanken, weil sie nicht verstanden hatten, Maß zu halten bei der Vergebung ihrer Arbeitskraft, der einzigen Ware, die der Arbeiter in die Wagtschale des Daseinskampfes zu werfen hat. So begehrt die Gesteinsarbeit früher bei den Bergleuten war, so verachtet ist sie heute, so daß sie fast nur noch von Ausländern, namentlich von Italienern, ausgeführt wird. Würde bei der Sterbefallstatistik in der Knappschicht auch die Kategorie des Arbeiters genannt, dann dürfte sich herausstellen, daß relativ mehr Gesteinsbauer vorzeitig sterben als Kohlenbauer und andere Arbeiter. Die Staubentwicklung ist zwar beim Bohren mit der Bohrmaschine in der Kohle genau so groß wie beim Gesteinsbohren, der Kohlenstaub greift aber die Organe nicht so an als Gesteinsstaub. Im übrigen treten aber die geschilderten Folgen der umfangreichen Bohrmaschinenverwendung auch bei der Kohlengewinnung in volle Wirkung. Wie in den Gesteinsbetrieben, so wird auch hier die effektive Leistung der Hauer durch die Maschine gesteigert, die Gehänge werden heruntergehauen und es muß deshalb relativ mehr Mineral hereingewonnen und fortbewegt werden. Der größte Teil der Schichtzeit muß mit der schwereren, körperlich anstrengenderen Arbeit der Mineralabhebung Kohlen und Berge ausgefüllt werden, während nur ein verhältnismäßig kleiner Teil auf die leichtere Arbeit des Heringewinnens verwandt werden braucht.

Aber noch eins ist zu beachten. Durch die technische Verbesserung des gesamten Bergwerksbetriebes ist es möglich geworden, auch Flöze von geringster Mächtigkeit abzubauen, was vormals unmöglich war. Manche Schichtanlage würde gar nicht dastehen, wenn nicht der Abbau wenig mächtiger Lagerstätten Wirklichkeit geworden wäre. Flöze von 1 1/2 bis 2 Fuß Mächtigkeit bringen nicht selten noch eine sehr gute Effektiveleistung auf. Während man früher an solchen „Schmirriemen“, wie der Bergmann sie bezeichnet, achtlos vorüberging, das Arbeiten in diesen „Schmirriemen“ ist aber ungleich mühevoller, als in mächtigeren Flözen. Namentlich bei flacher Lagerung muß da der Hauer zusammengerollt wie ein Fagel oder in seitlich liegender Körperhaltung sein schweres Handwerk verrichten, doppelt schwer, weil auch hier meist noch Wegeverfah nachgeführt wird.

Leichter dagegen als in der guten alten Zeit des Bergbaues ist der Transport des Minerals im Förderwagen. Strecken und Bremsberge werden im allgemeinen viel geräumiger aufgeföhren und diagonale Strecken kommen nur noch höchst selten vor. Dabei werden bedeutend schwerere Schienen verwendet, so daß Geleis-

defekte, wie sie früher an der Tagesordnung waren, nur noch selten vorkommen. Die Wühler in den flachen Bremsbergen aber, die das Wechseln der Wagen von der wagerechten Ebene der Strecke auf die schiefere Ebene des Bremsberges so ungewöhnlich schwierig sein ließen, sind durch die viel bequemeren Wechsel erseht. Das Wechseln der Wagen von Hand des Lehrhauers ist dadurch beseitigt worden; der Förderhauel bringt die leeren Wagen bis in die Strecke und nimmt die vollen darauf mit heraus.

Auch das Heraufschaffen des Holzes und sonstiger Gegenstände beim Aufbrechen blinder Schächte und steiler Bremsberge hat seine Schrecken von früher verloren. Ein am Fuße solcher Betriebe aufgestellter Luffhauel besorgt das alles ohne Mühe für die Hauer.

Die Wechsel auf den Ortsanschlüssen flacher Bremsberge schließen allerdings eine höhere Unfallgefahr in sich als die früheren Wechselböhlen. Durch unangenehme Lage des im Berg befindlichen Wechselbaumes oder durch Unachtsamkeit des Lehrhauers, der das Umlegen des Wechsels zu besorgen hat, kann es leicht vorkommen, daß ein abtreibender Wagenzug unbeabsichtigt in ein Ort einläuft und den hier auf seine Reife wartenden Lehrhauer oder sich etwa dort aufhaltende sonstige Personen verlegt. Aus meiner Praxis sind mir zwei solcher Fälle bekannt. In dem einen Falle wurde ein Reparaturhauer, der mit dem Wagen des Ortswechsels beschäftigt war (der Wechselbaum im Berg lag schon), schwer verlegt, während in dem zweiten Falle ein Lehrhauer, der sich zum Ausruhen hingesezt und dabei eingeschlafen war, tot blieb.

Des weiteren wird die umfangreiche Verwendung der Bohrmaschine die bei der Schiebarbeit vorkommenden Unfälle gesteigert haben, denn die Unfallgefahr wächst doch in demselben Maße, wie die Zahl der abgegebenen Sprengschüsse. Aus demselben Grunde werden sich auch die durch das Einatmen von Sprengstoffen entstehenden Krankheitsfälle gemehrt haben. Noch flüchtig haben die königlichen Revierbeamten auf Veranlassung des Oberbergamtes Dortmund die Zeichen darauf aufmerksam gemacht, daß durch die während des Krieges notwendig gewordene Verwendung von Chlorhydrat-Sprengstoffen zahlreiche Vergiftungsfälle durch Einatmen von Sprengstoffnachschweben vorgekommen seien, weshalb den Arbeitern durch die Betriebsbeamten entsprechende Verhaltensmaßregeln zu geben seien.

Rezimierend kann also gesagt werden, daß die verbesserte Bergbautechnik in ihrer Wirkung die Bergarbeit mehr erschwert als erleichtert hat; sie hat somit die Lage der Arbeiter nicht verbessert, sondern verschlechtert. Das kann man, ohne zu übertreiben, mit ruhigem Gewissen behaupten. Man kann es darum auch den Bergleuten nicht so übel nehmen, wenn sie diese Technik nicht über den grünen Klee preisen und bejubeln, wie das von Nichtbergleuten so gern geschieht.

Man behauptet vielfach, die Technik wirke kulturfördernd, die Technik sei ein Kulturfaktor ersten Ranges. Wie weit dies auf die Technik im allgemeinen zutrifft oder nicht, will ich nicht untersuchen, auf die Bergbautechnik trifft es keinesfalls zu, wenigstens dann nicht, wenn man unter Kultur die Entwicklung der gesamten Menschheit zu besserem, schönerem, mühselosem Leben versteht. Die Bergbautechnik hat die Arbeit der Bergleute nicht mühseloser, ihr Leben nicht angenehmer gestaltet. Sie hat darum auch keinen Anspruch darauf, als Kulturfaktor bezeichnet zu werden.

Nachschrift der Redaktion. Dazu möchten wir bemerken, daß die technischen Errungenschaften den Arbeitern auch nur dann Erleichterungen bringen können, wenn sie nicht ausschließlich der kapitalistischen Ausbeutung dienstbar gemacht werden. Das gilt fast allgemein und nicht nur für den Bergbau. Die Technik kann auch erst dann als Kulturfaktor ersten Ranges voll zur Geltung kommen, wenn sie nicht ausschließlich der kapitalistischen Ausbeutung, sondern mehr dem Gemeinwohl dienstbar gemacht wird.

Volkswirtschaftliche Rundschau.

Geloh gegen die Lebensmittelvertenerer.

Das stellvertretende Generalkommando des 1. Armeekorps erläßt folgende Bekanntmachung:

Die Preise der notwendigen Lebensmittel und Bedarfsgegenstände haben teilweise eine Höhe erreicht, die die Lebensmittelpflicht außerordentlich erschwert. Die Teuerung ist nicht zuletzt zurückzuführen auf die unläuterlichen Maßnahmen einzelner Personen und die Umschübe des Zwischenhandels. Um diesem unchristlichen Treiben entgegenzutreten, bestimme ich auf Grund des Artikels 4 Ziffer 2 des Kriegszustandsgesetzes:

§ 1. Mit Gefängnis bis zu einem Jahre wird bestraft: 1. wer beim gewerbmäßigen Einlaufe von Gegenständen des täglichen Bedarfs Preise bietet, die unangemessen hoch sind, wenn nach den Umständen des Falles die Absicht anzunehmen ist, eine Preissteigerung oder eine Heraushebung bestehender Höchstpreise herbeizuföhren; 2. wer Vorräte in Gegenständen des täglichen Bedarfs, die an sich zum Verkauf bestimmt sind, aus dem Verkehr zurückhält, um eine Preissteigerung oder eine Heraushebung bestehender Höchstpreise herbeizuföhren; 3. wer beim gewerbmäßigen Kleinverkauf für Gegenstände des täglichen Bedarfs Preise fordert oder annimmt, die nach der Marktlage ungerechtfertigt hoch sind; 4. wer als Verkäufer von Gegenständen des täglichen Bedarfs ohne genügenden Entschuldigungsgrund, solange seine Vorräte reichen, einem Käufer die Abgabe seiner Verkaufsgegenstände gegen Bezahlung verweigert.

§ 2. Gegenstände des täglichen Bedarfs sind: Brot, Mehl, Teigwaren, Salz, Fett, Milch, Zucker, Butter, Seife, Glühbirnen, Gemüse, Kartoffeln, Obst, Zwiebeln, Fleisch und Fleischwaren, Käse, Schmalz, Eier, Kaffee, Tee, Leuchtmittel, Holz, Rohle, Koks.

§ 3. In dem Urteil ist anzuordnen, daß die Verteilung auf Kosten des Schuldigen in drei vom Gericht zu bestimmenden Tageszeiten bekannt zu machen ist.

§ 4. Im Strafverfahren entscheidet über die Vorfrage, ob ein Preis angemessen ist § 1 Ziffern 1 und 3, die Distriktpolizeibehörde (in München der Stadtmagistrat) endgültig.

München, den 6. Juli 1915.

Der Kommandierende General: von der Thann.

Vertreter des Vaterlandes

Hat der sächsische Minister Herr v. Witzthum die wucherischen Preistreiber genannt. In der Zeitschrift der Berliner Halbmonatschrift „Ethische Kultur“ schreibt Herr v. Janna sch:

„Sicherlich hat man die Beobachtung machen können, daß der Krieg in weiten Kreisen eine Opferwilligkeit hervorgerufen hat, die ungewöhnlich war, auch läßt sich nicht leugnen, daß in den ersten Kriegsmochen eine bis dahin nicht beobachtete staatsbürgerliche Zusammengehörigkeit die verschiedensten Volksschichten beherrschte. Es muß aber doch gesagt werden, daß dieses Zusammengehörigkeitsgefühl im wesentlichen eine Stimmungserhebung war, die eine schwere Belastungsprobe aus Zeit nicht auszuhalten vermochte. Beobachteten wir, besonders auf dem Gebiete der Nahrungsfrage, die Verhältnisse hinter der Front, so mußten wir eingestehen, daß wir keinerlei Grund hatten, nach von Einmütigkeit zu sprechen. Die Preistatler weiter Kreise und der rückwärtslose Egoismus, der sich breit machte, hat den Burgfrieden fast zerstört.“

Das ist nur zu wahr und muß im Gemeinschaftsinteresse offen ausgesprochen werden, so sehr auch die Gegeßelten dann der Behörde die Wahrheitskinder wegen „Bruch des Burgfriedens“ denunzieren. Die Erbitterung über die Zustände auf dem Warenmarkt ergreift immer weitere Kreise. Auch die Arbeiterfront, welche die sozialdemokratischen Parteien nicht angeht, wird erbitterter. Die katholische „Waldbacher „Westdeutsche Arbeiter-Zeitung“ (Nr. 24) beschäftigt sich in einem Aufsatz „Lebensmittel in „Hülle und Fülle“ mit der Tatsache, daß nun so erhebliche Kartoffel- und Weizenvorräte vorhanden sind und fragt, wie sich angesichts dessen die exorbitanten Preise rechtfertigen lassen. Man möge uns in Frieden lassen mit dem Himmel, daß im „Ausland“ die Preise für dies und jenes noch teurer seien; es handle sich darum, ob bei uns die Preise den Bedürfnissen der Lebenshaltung entsprechen. Die Preise für Kartoffeln beispielsweise seien künstlich in die Höhe getrieben worden. „Und dabei will die Regierung auch fürderhin nichts tun.“ Es bestehe in der Regierung ein Durchschauen und daher keine gute Aussicht auf bessere Regelung der Lebensmittelversorgung im zweiten Kriegsjahr. Lobeshymnen für das bisher Geleistete seien nicht am Platze. „Die moralische Reaktion“ auch des deutschen Volkes, so außerordentlich sie sich erwiesen hat, ist auch ein Kriegsmittel und ein Kapital, das nicht unnützig verausgabt werden darf.“ — Als der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Braun in seiner jüngsten Landtagsrede der Mäßigung der bedrückten Konjumenten Ausdruck verlieh, fiel das den Zentrumszeitungen, wie „Armonia“ und „Eigener Volkszeitung“, auf die Herzen. Daß diese Zeitungen nicht die Stimmung in den katholischen Arbeiterkreisen richtig wiedergeben, beweist die scharfe Anklage der „Westdeutschen Arbeiter-Zeitung“.

Die Mütter.

Der „Labour Leader“ vom 3. Juni veröffentlicht das folgende Gedicht, dessen Uebersetzung, von Henriette Fürth, die „Frankfurter Bzg.“ mittelt.

Von einer Mutter an eine Mutter in Feindesland.

Erfolg mein Sohn den deinen? Konnt's gescheh'n?
Den meinen hab' ich, und er ward gesund.
Möcht' länger nicht vor meiner Seele seh'n
Das Bild von deinem Sohn, so todeswund.
Nichts heißt die Wunde dir, den bitteren Schmerz,
Kein Wittgebet gibt dir den Sohn zurück.
Die Kugel, die ihn traf, ging dir ins Herz
Und schlug in Trimmer all dein Lebensglück.
O Gott der Gnade! Kann das, darf das sein?
Wein gü'tiger, ritterlicher, stolzer Sohn!
O daß ich doch mit allem, was da mein,
Das Unrecht sühnen könnt' vor Gottes Thron!
Zerbroch'ne Mutter! Dein gebeugtes Haupt
Möcht' betten ich an meine weße Brust
Und kräftig dich, die wir so schwer beraubt,
Verzeih! Verzeih! Wir haben ja gemußt!
Und ewig brennt in seiner Hand das Mal,
Das Mal von deines Sohnes Blut so rot.
Ich grüße, Schwester, dich in tiefer Dual,
Mit dir trag' ich der Schmerzen bittere Last.

Das Fleischern.

Im „Berliner Tageblatt“ wurde von einer Freistrau Propaganda gemacht für das wiederholte Durchkauen der Speifen (Fleischern) zwecks Nahrungsersparnis.

Mensch, der du leicht dein Geld ver-
Spar' jehst die knappen Mittel, kauf!
Wenn du mir alles richtig kaufst,
So brauchst du nur ein Drittel.
Neh' jeden Bißten jed'igmal
Durch deine Zähne munter,
Denn rufst du der Drei, Gatt' wie ein
Schon halboverhaut hinunter. Mal,
Des freud' beim Magen sich gar sehr
Und nicht die letzten Reste.
Die macht die Wohlheit der Beschwer,
Du kriegst 'ne schlanke Weste.
Und es errent sich die Natur
Die kraftvoll in der Schöngest
Das Essen ist bekanntlich mir
'ne übte Ungewohnheit.
Ein voller Bauch subiezt nicht gern,
Der kumt er wüßbegierig.
Das Fleischern ist des Habels Kern
Und nur im Anfang schwierig.
Doch Erbs gelangt es dir, die Maß
Des Leibes einzubäumen,
Und weil du dann die Weisheit hast,
Entsagst du gern dein Schlemmen.
Es war die höchste Eisenbahn,
Dies Kalkum uns zu liefern,
Kommt einem jehst der Hunger an,
Verzagt er bloß die Kiefern.
Da zahn' fürwahr im Ueberfluß
Der Allerärmste plättschern,
Und wer da Kohldampf schieben muß,
Wird mit den Zähnen fleischern.
Darum, o Mensch, sofern du kamm,
Beherzige die Lehre,
Die sich erfonnen Onkel Sam
Für unsre Magenleere.
Amerika, es ist neutral
Vom Meer bis zu den Ozean:
England kriegt Kriegsmaterial
Und Germany das Fleischern.

Pec. in der „Frankfurter Volksstimme“.

Was denkt der Schuft?

Es zogen Sechzigjährige hinaus
Und trugen, jung gestrafft, des Kriegs Beschwerde.
Die hart verdiente Ruh' verschmähten sie
Und lösten sich vom liebgewohnten Herde.
Sie dachten: Unser Leben blüht von vorn! —
Was denkt der Schuft?
Er denkt: Wie wuchte ich mit meinem Korn?
Es stürmten Sechzehnjährige zum Kampf
Und dachten nicht, im Mutterarm zu warten;
Ein ganzes Leben — ihnen galt's so viel,
Um Droschen auszufüllen oder Scharten.
Sie dachten: Wer vorn Feinde fällt, stirbt nie! —
Was denkt der Schuft?
Wie hoch verschachte ich mein Vieh?
Und Mütter setzten in das grause Spiel
Drei Söhne, vier und mehr, so viel sie hatten.
Sie zahlten in den Schatz des Vaterlands
Mit Kindesblut und mit dem Blut der Gatten.
Sie dachten: Siegt mein Volk, so lohnt der Kauf! —
Was denkt der Schuft?
Er denkt: Wie treib ich meinen Zins hinauf?
Und kommen wird der Tag, da Blumen blühen
Aus jedem Grab, in das ein Glüd verfant,
Und kommen wird der Tag, da Wehren stehen
Auf jedem Grund, der Blut und Tränen trant,
Auf Deutschland preist sein eisernes Geschid!
Was denkt der Schuft?
Er denkt nicht mehr: er hängt, miß's Gott, am Strid.
Duo Ernst.

Abwarten! Es kann auch anders kommen. Wie sagt doch der österreichische Dichter Grillparzer:

Welch Merkmal trägt die heutige Welt,
Daß man sie dran erkannte?
Sie zählet Ruhm und borget Geld:
Anlehn und Momumente.

Ein billiges Durckfüllungsmittel.

Einer der größten Plagegeißer unserer Truppen ist in der Sonnenhize das Durckgefühl, und so gehört sehr viel Selbstgucht dazu, um mit trockener Kehle an einem lodenden Waffentempel vorüberzugehen. Da macht in der „Allgemeinen Völkerezeitung“ Völkereidirektor a. D. Gehring auf Grund seiner eigenen Erfahrungen von 1870/71 auf die durckfüllenden Eigenschaften der Kalmuswurzeln aufmerksam und empfiehlt die Sendung an die Truppen. Die Wurzel soll 1870 unseren Truppen bei Gewaltmärschen in großer Gize große Dienste geleistet haben. Ein Stück in den Mund genommen und daran gelutscht, soll das Durckgefühl zum Verschwinden bringen. Der Standort des Kalmus sind Wajuser, Teiche, Gräben, Torfsöhler usw. In der Leidwoirtschaft regnet er zu der harten Flora und wird als sogenanntes Leidunkraut betrachtet. In Seen trägt er viel zur Verlandung bei. Teichwurz und Wimmensgrüher jehen daher die Pflanz nicht gern. Die Vermehrung des Kalmus geschieht bei uns durch die Wurzelstücke. Die Ernte der

Kalmuswurzel ist sehr einfach. Vermittels einer Getreidegabel, deren Zinken hakenförmig umgelegt sind, mit recht langem Stiel, zieht man die meist schwimmenden Wurzeln an Land und schneidet hier die biden Wurzeln in fingerlange Enden aus. Die Rhizome wirft man wieder ins Wasser, da sie sich wieder als Pflanzgen entwickeln. Die Wurzeln werden an der Sonne getrocknet und halten sich jahrelang. Durch künstliche Trocknung verflüchtigt sich viel ätherisches Öl — sie ist also nicht zu empfehlen. Eine Getreidegabel mit gebogenen Zinken wird man nur gebrauchen, wenn man in großem Umfang Kalmus ernten will — sonst tut es ein Stöcken mit Haken oder Ist oder im Wasser wattend die Hand. Das Einsammeln der Wurzeln kostet nichts, da man es auf Ausflügen selbst besorgen kann. Leich- und Seebesitzer werden nichts gegen das Einsammeln haben, da Kalmus tatsächlich ein lästiges Wasserunkraut ist. Unsere Feldgrauen werden vielleicht das Einsammeln von Kalmus im Felde selber besorgen können (wie 1870), wenn man sie über den Wert der Pflanze für ihre Zwecke von der Heimat aus unterrichtet.

Wie spart man Schuhzeug?

Das ist besonders für die ärmere Bevölkerung bei der außerordentlichen Verleerung eine sehr wichtige Frage. Man wird die Anschaffung von neuen Schuhen und Stiefeln, so weit es geht, hinausschieben, in der Hoffnung, sie nach dem Kriege wieder billiger zu erhalten. Aber die Reparaturen lassen sich nicht hinausschieben. Die durckgelaufenen Stiefelsöhlen müssen unbedingt ersetzt werden. Jedoch es gibt ein Mittel, durch das jedermann mit wenig Mühe und ganz geringen Kosten die Haltbarkeit seiner Stiefelsöhlen bedeutend erhöhen kann: In dieser Zeit der Verleerung ist es möglich, wenn wir das bewährte, aber bis jetzt wenig angewandte Mittel zur allgemeinen Kenntnis bringen:

Zunächst ist es notwendig, den schwarzen Wachsüberlaß, den man meist auf neuen Schuhen findet, zu entfernen; aber nicht abkochen, das wäre Verschwendung, sondern ablaufen, und zwar bei trockenem Wetter, denn vollständige Trockenheit des Schuhs ist eine notwendige Vorbedingung unseres Verfahrens. Ist diese Vorbedingung erfüllt, dann kaufe man in einer Farbenhandlung etwas gelochtes Leinöl, wie es die Anstreicher benutzen. Ein viertel Pfund reicht für vier bis sechs Paar der größten Stiefelsöhlen. Man gieße ein bis zwei Schöffel voll in ein Gefäß und mache es heiß, aber nicht über offenem Feuer, denn das ist gefährlich, sondern auf der warmen Herdplatte. Das infolge der Erwärmung sehr flüssig gewordene Öl streiche man mit einem Pinsel auf die Stiefelsöhle. Die heiße Flüssigkeit zieht anfangs sehr schnell in das Schuhsleder ein. Man jehle den Anstrich so lange fort, bis die Sohle durchtränkt ist, was man daran sieht, daß nichts mehr einzieht. Man hüte sich aber, etwas an das Oberleder kommen zu lassen, weil das Oberleder hart und brüchig wird. Wenn die Sohle nichts mehr aufnimmt, ist das Verfahren beendet. Man lege nun die Stiefel an die Luft, am besten in Sonne, damit sie hart trocknen. Je länger man die Trockenzzeit ausdehnt, desto härter und haltbarer wird die getränkte Sohle. Eine Trockenzzeit von einer Woche ist das mindeste, wenn das Verfahren Erfolg haben soll. Wer seine Stiefelsöhlen nach dieser Anweisung behandelt, der hat die Freude, daß sie etwa dreimal so lange halten, wie sie ohne Verwendung des Verfahrens gehalten haben würden. Die Preisverhöhung der Beschöpfung wird also dadurch reichlich ausgeglichen. Da die geölte Sohle vollkommen wasserdicht ist, so behält man auch bei nassem Wetter trockene Füße, vorausgesetzt, daß kein Wasser von oben in die Stiefel dringt.

Soziales Recht — Arbeiterversicherung.

Sind Wbige an den Kriegshinterbliebenenrenten zulässig?

Die Kriegshinterbliebenenrenten müssen vom Todestage des Gefallenen an gezahlt werden. Da mit der Feststellung des Todes, der Familienverhältnisse der Hinterbliebenen und der Berechnung und Anweisung der Rente aber gewöhnlich mehrere Monate vergehen, so soll nach einer Anweisung des Reichsamts des Innern die bisherige Kriegshinterbliebenenrente so lange weiter gezahlt werden, bis die Kriegshinterbliebenenrente zur Auszahlung kommt. Die Gemeinden handhaben die Sache nun so, daß sie von den aufgelaufenen Kriegshinterbliebenenrenten einen Teil dessen wieder abziehen, was sie nach dem Tode des Gefallenen der Familie noch an Unterstützung gegeben habe. Es fragt sich, ob und wie weit das zulässig ist.

Die Kriegshinterbliebenenrente besteht bekanntlich aus zwei Teilen, aus dem, was der Staat zahlt, und aus dem, was die Gemeinde an Zuschuß dabeit. Ueber das, was an geleisteter staatlicher Unterstützung von der Kriegshinterbliebenenrente wieder abgezogen werden soll, hat der Minister eine allgemeine Regelung getroffen. Danach soll nicht alles, was eine Witwe nach dem Tode des Mannes noch an staatlicher Unterstützung erhalten hat, wieder abgezogen werden. Für die ersten beiden Monate nach dem Tode, und zwar von diesem ab gerechnet, soll die Witwe neben der Kriegshinterbliebenenrente noch die staatliche Unterstützung erhalten. Was an staatlicher Unterstützung für mehr als zwei Monate gezahlt ist, muß an der Kriegshinterbliebenenrente abgezogen werden.

Was die Gemeinden für ihre nach dem Tode des Gefallenen noch gegebenen Zuschüsse von der Kriegshinterbliebenenrente abziehen können, hat der Minister nicht genau festgelegt, sondern der Beschlussfassung der einzelnen Gemeinden überlassen. Es sind uns Gemeinden bekannt, die genau wie der Staat den Witwen den Gemeindegeldzuschuß für die ersten beiden Monate nach dem Tode schenken. Andere Gemeinden wieder wollen alles zurück haben, was sie nach dem Tode des Gefallenen zahlten.

Das Recht des Staates zum späteren Abzug seiner Leistungen an Kriegshinterbliebenenrente mag auf Grund der Aufrechnungsbestimmungen vorhanden sein, weil hier derjenige aufrechnet, von dem zwei Leistungen vorliegen, staatliche Kriegshinterbliebenenrente und Gemeindegeldzuschuß. Zimmerlin ist auch das Recht des Staates zur Aufrechnung noch sehr zweifelhaft. Das Reichsamt des Innern hat nämlich früher selbst darauf hingewiesen, daß die Unterstützung an der späteren Rente nicht aufgerechnet werden dürfte.

Für die Gemeinden ist ein Recht, ihre Zuschüsse an den Kriegshinterbliebenenrente wieder abzugeben, im Gesetz nirgends zu finden. Im Gegenteil: nach § 850 Abs. 7 der Zivilprozessordnung sind die Pensionen der Witwen und Waisen der Pfändung und damit der Aufrechnung nicht unterworfen. Auch kommt für die Rechtsfrage sehr stark in Betracht, daß die Gemeinde selbst keine Kriegshinterbliebenenrente zahlt, mithin an fremden Geldern ihre Zuschüsse abzieht.

Für die Hinterbliebenen der Gefallenen, denen die Gemeindegeldzuschüsse wieder abgezogen werden, empfiehlt es sich daher, dagegen anzugehen, damit durch Nichterspruch die Sache klargestellt wird.

Zur Reform der Berginspektion.

Unfallgefahren im Ruhrbergbau.

Nach dem Geschäftsbericht der Anknappschaffungsvereinsgenossenschaft, Section II, kamen im Ruhrbergbau im Jahre 1914 64 020 Unfälle zur Länge gegen 66 880 im Vorjahr oder pro Arbeitstag durchschnittlich 218,40 gegen 221,27 im Vorjahr; davon waren 093 (1038) tödlich, 4568 (4890) schwer und 58 459 (60 458) leicht. Die höchste Zahl der Unfälle ereignete sich am Dienstag mit 10 825 und den Samstag mit 10 796, während auf den Montag 9771 Unfälle entfielen. In 1914 ereigneten sich zwei Massenunfälle und zwar eine Schlagwetterexplosion auf Zeche Wilmmer am 30. Januar mit 24 Toten und 9 Verletzten und eine Explosion am 27. Juli mit 13 Toten. Außerdem ereigneten sich 10 Schlagwetter- und Kohlenstaubexplosionen.

Die Zahl der Betriebe, die unter die Unfallversicherungsbestimmungen der Anknappschaffungsvereinsgenossenschaft fallen, betrug 172, darunter 133 Ammonitinfabriken, an Zechen- und Mineralanlagen 205 mit einer Zeche durch den Krieg um 24 155 verringert.

An Unfallentschädigungen sind insgesamt 18 749 895 Mk. gezahlt worden gegen 18 015 072 Mk. im Vorjahr. Davon wurden 119 604 Mk. an die in Zechen und 102 593 Mk. an die in Oesterreich wohnenden Rentenempfänger gezahlt. Ende 1914 waren 42 478 Rentenempfänger vorhanden und zwar 22 522 Verletzte, 5695 Witwen, 13 028 Waisen und 388 Verwandte ausfallender Witwe. Die Verletzten bezogen eine Gesamrente von 6 888 079 Mk., die Witwen 1 538 408 Mk., die Waisen 8 510 592 Mk. und die übrigen 93 480 Mk. Seit Inkrafttreten des Unfallversicherungsgesetzes (1886) sind von der Section II für Zwecke der Unfallversicherung bis Ende 1914 insgesamt 216 530 277 Mk. aufgebracht worden.

Nachrichten aus der Montanindustrie.

Starke Erhöhung der Erzpreise.

Der Siegen-Masfauer Eisenstein-Verkaufsverein hat seit Kriegsbeginn wiederholt die Verkaufspreise erhöht. Nunmehr stellt sich das Preisverhältnis wie folgt: Es kostete die Tonne

	vor dem Kriege	jetzt
Siegerländer Spat- und Brauneisenstein	12,10 Mk.	18,50 Mk.
Siegerländer Hoßspat	18,50 "	23,50 "
Masfauer Rotspat	13,50 "	21,00 "

Das sind kolossale Preissteigerungen. Ob sie wirklich durch eine entsprechende Verteuerung der Förderkosten gerechtfertigt sind, will uns nicht einleuchten, wenn wir die Entlohnung der Arbeiter bedenken.

Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

Merkwürdige Kritiker.

Auf der in Berlin anfangs Juli abgehaltenen Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes traten mehrere, meist westdeutsche Delegierte scharf gegen die Haltung der „Metallarbeiter-Zeitung“ auf. Wir wurde überdies, daß sie die auch von uns gewürdigten deutschfreundlichen Artikel S. 1. und 2. verächtlich und daß sie „Stellung zu den inneren Streitigkeiten in der sozialdemokratischen Partei“ nehme. Die Kritiker erklärten, die „Metallarbeiter-Zeitung“ habe sich als Gewerkschaftsblatt nicht in die „inneren Parteistreitigkeiten“ zu mischen. Wir wollen es dahingestellt sein lassen, ob dieselben Kritiker auch dann, wenn die „Metallarbeiter-Zeitung“ mit den „Radikalen“ sympathisierte, dem Verbandsorgan einen Maulkorb anlegen wollten. Nach unserer Kenntnis der Persönlichkeiten glauben wir, daß sie nur die Stellungnahme der „Metallarbeiter-Zeitung“ gegenüber der „Revisionsliste“ mißbilligen.

Doch davon abgesehen — wie kommen gerade die betreffenden Kritiker dazu, einem Gewerkschaftsblatt die Weisprechung „innerer Parteistreitigkeiten“ unterzogen zu wollen? Wer diese Forderung erhebt, der muß konsequenterweise die vollkommene Unabhängigkeit der Gewerkschaft von jeder politischen Partei betreten! Unter den Kritikern der „Metallarbeiter-Zeitung“ befinden sich nun aber ausgerechnet Persönlichkeiten, die sich sonst für die möglichst enge „Einheit von Gewerkschaft und Partei“ aussprechen, die es für in der Ordnung finden, daß auf Parteitagungen auch über die „prinzipielle Haltung der Gewerkschaften“ mitbestritten werde, die es für in der Ordnung finden, daß sich Parteiblätter schulmeisternd in die inneren Gewerkschaftsangelegenheiten einmischen, wofür wir sogar handliche Beispiele anführen können. Was die betreffenden Kritiker wollen, das läuft auf eine Unterordnung der Gewerkschaft unter Parteinstanzen hinaus, andernfalls müßten sie die strikte Gewerkschaftsneutralität fordern. Das aber tun sie nicht.

Der Vorfall beweist wieder, daß die Gewerkschaften, welche bekanntlich von ihren Mitgliedern kein parteipolitisches Bekenntnis fordern, in eine unhaltbare Situation geraten, wenn sie sich nicht auf die statutarisch und taktisch gebotene Neutralität halten. Diese Richtlinie

ist die Bewahrung der Neutralität und damit der völligen Unabhängigkeit von jeder politischen Partei. Nur dadurch können sich die Gewerkschaften vor dem Schicksal behüten, mit in zerfallende Parteistände hineingerissen zu werden. Daran wird sich der Bergarbeiterverband weiter halten und sein Blatt wird sich nach wie vor darauf beschränken, auch die allgemein interessierenden parteipolitischen Vorgänge, soweit sie für die Zukunft des ganzen Volkes und der Gewerkschaften von Bedeutung sind, kritisch zu erläutern. Daß uns dies von Leuten, die, wenn die Gewerkschaftsorgane pflichtgemäß die anarchosyndikalistische Selbstherrschaft zurückweisen, diesen Organen einen Maulkorb umhängen möchten, als „Neutralitätsbuscheln“ angetrieben wird, läßt uns fürchtbar kalt.

„Unüberdrißbar“ sind übrigens die auf der Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes hervorgetretenen Differenzen nicht. Der bisherige Verbandsvorstand und die bisherige Redaktion der Verbandszeitung sind nämlich fast einstimmig wiedergewählt worden. Nur 8 von 144 Delegierten stimmten dagegen. Die Gewerkschaftspraktiker wissen eben doch, daß es jetzt erst recht darauf ankommt, die Einheit der Gewerkschaftsorgane zu fördern.

Internationale Rundschau.

Die Friedensstundgebungen

Der deutschen sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, der sozialdemokratischen Parteivorstandes und der sozialdemokratischen Landtagsfraktion in Preußen haben widersprüchliche Schos ausgelöst. In der deutschen bürgerlichen Presse werden diese Kundgebungen größtenteils als den „Landesinteressen schädlich“, wenn nicht gar als „Landesverrat“ bezeichnet. (Wertwürdigerweise lobt dieselbe Presse die gegen die weitere Kriegsführung aufzutretenden ausländischen Friedensbefürworter als wahre Freunde ihres Vaterlandes.) Da ist es nun sehr erfreulich im Interesse der geschichtlichen Wahrheit, daß die von der Reichsregierung benutzte „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, nachdem sie die alberne und entstellende Beurteilung jener Friedensstundgebungen durch französische Kriegsbeblätter angeführt hat, schreibt:

„Wir besitzen gern die Gelegenheit, um die französische Presse über den wahren Stand der Meinungen in Deutschland aufzuklären. Er ist ganz einfach und auch für den Augenblick leicht zu verstehen. In Deutschland ist man im allgemeinen der Ansicht, daß Frankreich, England und Rußland in kürzester oder fernerer Zeit einfallen werden, daß eine Verbesserung der militärischen Lage zu ihren Gunsten nicht mehr zu erhoffen und die Fortführung des Krieges zwecklos ist. Von dieser Ansicht ausgehend, „schlügt auf die durch die Tapferkeit unserer Volksgenossen in Waffen geschaffene glänzende Kriegsflagge“, ist der sozialdemokratische Parteivorstand mit seinem Manifest hervorgetreten, wie andere Organisationen auf Grund unserer Siegesgewissheit bereits mit der Formulierung ihrer Forderungen für den künftigen Frieden vorgegangen waren. Die Unterschiede betreffen die Wünsche über den Inhalt des künftigen Friedens. Gleichmäßig ist in unserem ganzen Volke das Bewußtsein unserer Stärke. Wollen sich unsere Feinde durchaus falschen Vorstellungen über „Reichen der Schwäche und Kriegsmüdigkeit“ hingeben, so mögen sie es tun! Das deutsche Volk wartet ohne Ungebuld und geschlossen den Zeitpunkt ab, wo unsere Feinde bereit sind, die Konsequenzen aus der militärischen Lage zu ziehen.“

Diese Regierungskundgebung erklärt in der Tat in zutreffender Weise die Situation in Deutschland. Nicht für einen „Frieden um jeden Preis“ tritt das sozialdemokratische Manifest ein, es spricht auch kein Wort zugunsten der Feinde unseres Vaterlandes, sondern man muß es verstehen als Antwort auf die „Forderungen anderer Organisationen“, die an die Regierung Zusatzen stellen, welche sie gemäß ihrer bestimmten Verlautbarung am 4. August 1914 unmöglich erfüllen kann. Erst als diese „anderen Organisationen“ (wir kennen sie, auch ihre Forderungen) vorgegangen waren, ist die sozialdemokratische Kundgebung erfolgt. Das nun zweideutig vor aller Welt konstatiert zu haben, müssen wir unserer Reichsregierung als eine Feststellung der geschichtlichen Wahrheit anrechnen.

Welche bösen Folgen, nämlich die Aufspaltung der schon sehr gesunkenen Kriegslust, die von der „Nordd. Allg. Ztg.“ erwähnten „Forderungen anderer Organisationen“ im Ausland bereits gehabt haben, bekräftigt Chefredakteur Jacob Wolff in „Berliner Tageblatt“ (Nr. 387) so deutlich als es die Zeitverhältnisse gestatten. Daß Dokumente von so außerordentlicher Wichtigkeit wie die Eingabe der „sechs Interessentenverbände“ an die Reichsregierung (weil selbstredend nicht nur diese allein den Wortlaut kennen lernte), wenn auch nur auszugsweise auch dem Auslande bekannt werden würde, müßten sich die „Interessenverbände“ sagen. Nunmehr machen „Zusätze aus“ jener Eingabe die Kunde durch die deutschfeindliche Auslandspresse, fälschlich als „Meinung des deutschen Volkes“ ausgegeben, und dienen den wüsten Kriegshörnern in Paris, Rom, London und Petersburg als willkommenes Aufpfeisungsmittel gegen den angeblichen „Maulkorb Deutschland“. Was da für ausschweifende „Kriegsziele“ unverantwortlicher Annexionsstrategen in Frage kommen, hat auch die „Bergarbeiter-Zeitung“ (siehe vorige Nummer der „Bergarbeiter-Zeitung“) deutlich genug zu verstehen gegeben. Niemand können diese phantastischen Annexionspläne willkommen sein, als den ausländischen Kriegshörnern, und schon ist durch diese, gegen das von der Regierung wohlweislich ausgesprochene Verbot der Erörterung der Kriegsziele direkt verstoßenen „Politiker“ ungeheuer viel Schaden angerichtet worden. Daß die deutsche Reichsregierung nach wie vor die Vorschläge jener „Politiker“ ablehnt, geht ebenfalls aus der Erklärung in der „Nordd. Allg. Ztg.“ hervor.

Was andererseits die Friedensstundgebungen des sozialdemokratischen Parteivorstandes usw. anlangt, so ist auch diese wieder von den einflussreichsten französischen und belgischen Sozialisten abgelehnt worden! Monsieur Gerbe verhöhnt und verspottet sogar das Friedensmanifest. Wir meinen, das sollte nun endlich die deutschen Sozialisten daranlassen, es bei den bisherigen, wiederholten friedensfreundlichen Kundgebungen bewenden zu lassen und nun ruhig abzuwarten, bis die Macht der Tatsachen die deutschfeindlichen „Ausländer“ zwingt, einzufehen, daß wir in Deutschland nicht friedensfeindlich sind, weil wir uns schwach fühlen.

Daß Sobelsohn-Parabellum-Kabel in der „Berliner Tagwacht“ über die angebliche „Durchbrechung der Front“ durch die Sonderbündler in der sozialdemokratischen Partei Deutschlands jubelt, versteht sich natürlich von selbst. Wer es vorzieht, in schwerster Zeit die Organisation der Klassenorgane zu unterminieren, statt Disziplin zu halten, der hat sich die Sobelsohnsche Anerkennung der Unterminierung redlich verdient.

Sie verstehen sich auch nicht mehr.

In die viele Jahrhunderte alte internationale Organisation der katholischen Kirche hat der Krieg auch einen klaffenden Riss hineingebracht. Wir nahmen schon Notiz von der deutschfeindlichen Schmähschrift des „Katholischen Propagandakomitees“ für Frankreich und das Ausland. Als Herausgeber zeichnet Monsignore L. Sandrillart, ihn empfehlen und helfen ihm die höchsten französischen Kirchenvertreter. Zu der „Denkschrift“ heißt: „Der Krieg und der Katholizismus“ ist ein Bilderbuch, enthaltend die biblische Darstellung der „deutschen Sonnen-taten“ frei nach den aussehendsten Augenzeugen, gekommen. Ueber dieses „Album Nr. 1“ urteilt Herr Professor Dr. S. Grimm-Münster in der „Rheinischen Volkszeitung“ (Nr. 535):

„Es ist dieses Album ein würdevolles, ganz auf Reklame zugeschnittenes Machwerk, triefend von grenzenloser Eigenliebe und Verachtung Deutschlands, ein kirchliches Echo zu der programmatischen Neuerung von S. Lavisse: „Es gibt nichts Gemein-sames mehr zwischen Frankreich und Deutschland“. Selbst wenn wir nicht die Angegriffenen wären, müßten wir ein solches Vorgehen tief beklagen. Die Schäden, die die Kriegszeit den Kirchen Frankreichs zugefügt hat, wird eine Friedensära umso schwerer wieder heilen; wer aber kann sagen, wann die Wunde sich wieder schließt, die Frank-

reich kirchliche Würdenträger jetzt der Einheit der katholischen Kirche geschlagen haben? Würden wir jetzt in Nachahmung der Franzosen die Furchen des Hasses bis zu unseren Altären zu lassen, dann könnte die prophezeite Religio depopulata bald Wirklichkeit werden. Darum an den Pfarrer mit diesem Machwerk und seinen Verfasser! Was sie uns vorwerfen, wird jeden ruhigen Denker ebenso wenig überzeugen wie das Selbstlob, womit sie sich und ihre kirchlichen Verhältnisse beehren.“

Den Vertretern der katholischen (Katholiken) Partei Frankreichs erscheint es danach als ein „Gebot der Stunde“, das deutsche Volk und damit Millionen ihrer kirchlichen Glaubensgenossen mit Schmutz-kläben zu bewerfen und zur „Ausrottung“ der „Religionschänder“ anzuweisen. So sehr auch die Kriegseinstellungen der französischen Sozialisten von denen der deutschen Sozialisten abweichen, noch sehr viel weiter hat sich eine Kluft zwischen den französischen und den deutschen Katholiken aufgetan.

Das britische Munitionsgesetz

nimmt zwar, wenigstens formell, die Bergarbeiter von dem Arbeitszwang aus. Aber das hat nicht den ungetriebenen Beifall des Parlaments gefunden. Auf eine kritische Gegenbemerkung erklärte der Abgeordnete Walsh, ein Vertreter der Bergarbeiter, das Gesetz sei für die Bergarbeiter nicht notwendig, denn diese hätten förmliche Verpflichtungen übernommen, Streiks zu verhindern! Dasselbe teilte der „Munitionsminister“ Lloyd George von den Textilarbeitern mit. — Unsere Beurteilung der patriotischen Gewinnung der britischen Bergleute findet durch Walshs Mitteilung vollkommene Bestätigung. Was aber sagen dazu jene Allessbesserwässer, die uns die britischen Bergleute noch vor kurzem als „ganz andere Kerle“ zum Muster empfahlen?

Knappschaffliches.

Vorstandslegung des Bochumer Knappschaffungsvereins v. 8. Juli.

Der Vorsitzende erinnert an das 25jährige Bestehen des Allgemeinen Knappschaffungsvereins und teilt mit, daß Herr Dr. Tenholt sein 50jähriges Jubiläum feiere. Er übermittelte ferner den Dank des Landeshauptmanns für die bewilligten 10 000 Mk. für Kriegsbeschädigtenfürsorge in Westfalen. Als Vertreter der Arbeitnehmer des Allgemeinen Knappschaffungsvereins bei der Kriegsbeschädigtenfürsorge wurden die Vesteisen Wenz und Fischer gewählt.

Es wurde die Entscheidung des Oberschiedsgerichts vom 22. Juni bekannt gegeben, wonach der § 38 des Knappschaffungsstatuts nur auf Invaliden zutrifft, also nur bei solchen ein Anrecht auf die Versorgungslohn von 75 Mk. besteht. Da aber bis zur Entscheidung des Oberschiedsgerichts schon 125 000 Mk. auch an Angehörige von Nichtinvaliden gezahlt waren, so wird diese Summe als uncinbringlich niedergebucht sein.

An Stelle der wegen Ablaufs ihrer Amtsdauer als Beisitzer zum Königlichen Knappschaffungs-Oberversicherungsamt ausscheidenden Herren werden neu resp. wiedergewählt die Herren: Bergassessor Jilder-Lünen, Bergassessor Paarmann in Hedinghausen, Bergassessor Sträter, Erlenschmid, Bergassessor Wente-Gelsenkirchen, Bergassessor Badwinkel-Essen-West; ferner die Knappschaffungsältesten: Hoffmann-Frillendorf, Ohlbe-Mitaden, Naujols-Postermack, Garrels-Mitgendorfmund, Schmen-Hedinghausen.

Die von der Verwaltung ausgesprochenen Befreiungen von der Krankenversicherungspflicht werden in folgenden Fällen bestätigt: Bei 154 Neuangelegten, 85 Invaliden, 85 Unfallinvaliden und 44 Reichsinvaliden. Neue Bureauangestellten, die wegen des Krieges ihr Vorkriegsgewinn nicht machen können, erhalten eine Gehaltserhöhung von 100 Mark pro Jahr. Den Anträgen auf Wiederbeleihung von verlorenen Anwartschaften, Abstandnahme vom Einwanne der Verjährung und Niederzahlung überhöhter Beiträge wird zugestimmt.

Rückzahlung der Beiträge für Gefallene.

Wie bereits früher durch unsere Ztg. und die Tagespresse mitgeteilt wurde, hat der Bochumer Knappschaffungsverein gegen das Urteil des Oberversicherungsamtes, nach welchem er die Pensionsbeiträge für un- und verheiratete Gefallene zurückzahlen mußte, Revision eingelegt. Diese ist jetzt zurückgewiesen.

Der Knappschaffungsverein muß also an die Eltern der un- und verheirateten Kriegsgeschiedenen die Beiträge erstatten und zwar ohne Rücksicht darauf, wie lange der Gefallene eingeschrieben war. Auch diejenigen Frauen, deren Männer noch keine fünf Jahre Pensionsklassenmitglied waren, erhalten die Beiträge zurück. Dagegen braucht der Verein die 75 Mk. Sterbegeld für Invaliden, weil Kriegsgeschiedene nicht als Invaliden gelten, nicht zu zahlen und kann diese, wenn sie bereits gezahlt sind, an den zu erstattenden Beiträgen wieder abziehen.

Die rückliegenden Fälle, auch die, wo nicht geklagt wurde, werden jetzt durch den Verein erledigt. Wer innerhalb einiger Wochen sein Geld nicht hat, wolle sich an den Knappschaffungsältesten oder an das Rechtschutzbureau wenden.

Aus dem Kreise der Kameraden.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Kirchenaustritt als Kündigungsgrund.

In der „Bergarbeiter-Zeitung“ vom 3. Oktober 1914 berichteten wir, daß der Arbeiter S. B. am 15. September 1914 auf Zeche Rothringen, Schacht IV, durch Anschlag gekündigt wurde. Nach dem Grunde der Kündigung gefragt, sagte der Betriebsführer Schmidt: „Leute, die in dieser ersten Zeit aus der Kirche austreten, können wir nicht gebrauchen.“

Am 3. Oktober richtete unser Verband eine Beschwerdeschrift über Lohnkürzungen, schlechte Behandlung, Ausperrungen usw. im Bergbau an das Ministerium für Handel und Gewerbe, worin auch dieser Fall mitgeteilt wurde. Daraufhin wurden die in Frage kommenden Bergrevierbeamten zur Untersuchung und Berichterstattung aufgefordert und das Ergebnis unserem Kameraden Sachse am 20. November 1914 vom Herrn Geheimen Oberbergamt Neuh im Auftrage des Ministers Dr. Sydow im Handelsministerium in einer dreißigtägigen Konferenz mitgeteilt. Ueber die Kündigung des Arbeiters S. B. auf Zeche Rothringen hat dabei Herr Geheimen Oberbergamt Neuh folgende, in einem Bericht des Bergrevierbeamten des Bergreviers Nord-Bochum enthaltene Angaben gemacht:

„Auf Zeche Rothringen IV ist die regelrechte Kündigung eines Schleppers S. B. auf Wunsch des Pfarrers von Harpen erfolgt, weil er in dieser ersten Zeit aus der Kirche ausgestreten ist und dadurch in der Gemeinde Abergernis gemacht hat. Auf seine Bitte ist er bereits vor dieser Unternehmung auf weitere vier Wochen wieder angenommen, um sich neue Arbeit suchen zu können. Der Betriebsführer hat ihm den Kündigungsgrund erst auf sein Verlangen angegeben.“

Wir teilten diesen Tatbestand in der „Bergarbeiter-Zeitung“ vom 5. Dezember 1914 mit und übten an der Handlungsweise des Pfarrers und der Kirchenverwaltung scharfe Kritik. Bei einer späteren Besprechung im Handelsministerium wurde unserem Kameraden Sachse dann mitgeteilt, der Pfarrer bestreite, die Kündigung des fraglichen Arbeiters verlangt zu haben. Mit dem Betriebsführer der Zeche Rothringen habe er gar nicht über den Kirchenaustritt gesprochen, sondern mit dem Markentrottel. Wenn dieser die Sache so dargestellt habe, als ob er, der Pfarrer, die Kündigung des fraglichen Arbeiters wünsche, so müsse da ein Irrtum unterlaufen sein. Von dieser Darstellung nahmen wir in der „Bergarbeiter-Zeitung“ vom 13. März 1915 Notiz. Neuerdings teilte uns nun der Pfarrer mit, daß auch diese Darstellung unrichtig sei. Auf seine Veranlassung haben nochmals Untersuchungen stattgefunden. Hierbei hat der Betriebsführer von Rothringen mehrfach auf das Bestimmteste erklärt, daß ihm von dem Markentrottel „ein Auftrag des Pfarrers von Harpen“ überbracht worden sei, den S. B. zu entlassen. Der Mark-

Kontrollleur aber hat ein schriftliches Vermerk abgelegt, worin er sich u. a. wie folgt offenbart:

„Weil ich sagte, daß der Pastor bei mir gewesen sei, habe ich nur deswegen gemacht, weil ich den Kerl (gemeint ist der Arbeiter S. B.) auf der Beche nicht mehr sehen konnte und es dann dem Herrn Betriebsführer mehr zeigen sollte zum Fortjagen. Wemmerle noch, daß ich nicht mehr weiß, ob ich zum Betriebsführer gesagt habe, daß der Pastor zu mir gesagt hätte, der Herr Betriebsführer Schmidt sollte den Kerl fortjagen. Wenn Betriebsführer Schmidt es aber behauptet, dann will ich es gern zugeben.“

Wichtig zum Schluss noch bemerken, daß ich über diese Sache mit dem Pastor kein Wort gesprochen habe, sondern es nur aus Liebe zur Kirche getan habe. Ich konnte den Kerl nicht mehr auf der Beche leiden. Deshalb habe ich es so geäußert, als wenn der Pastor mit mir gesprochen hätte. Der Herr Pastor hat mit der ganzen Sache nichts zu tun.“

Wir haben mit dem Herrn Pfarrer auch persönlich Rücksprache genommen, wobei er wiederholt erklärte, er habe mit dem Marktkontrollleur über den Kirchenaustritt des B. nicht gesprochen und nicht einmal gewußt, wo letzterer beschäftigt gewesen sei. Die Klärung sei von ihm weder verlangt noch gewünscht, sondern im Gegenteil sehr bedauert worden, als er nachträglich davon erfahren habe. In einem an den Herrn Pfarrer gerichteten Schreiben des Ministers Dr. Sydow vom 2. Juni 1915 heißt es nach eingehender Sachbearbeitung ebenfalls:

„Nach vorstehendem Sachverhalt kann ich Ihnen wunschgemäß nur bestätigen, daß Sie bei der Entlassung des B. völlig unbeteiligt und daß Sie lediglich durch die unwahre Behauptung eines Dritten in die Angelegenheit hineingezogen worden sind. Ich bedaure, daß Sie aus Anlaß des Vorfalls in der Öffentlichkeit angegriffen ausgelegt gewesen sind, die Ihnen auch das Oberbergamt in Dortmund bereits sein Bedauern hierüber ausgesprochen hat.“

Wie aber stehen jetzt der Marktkontrollleur und der Betriebsführer da? Wie konnten sie so handeln, während das deutsche Volk geschlossen um seine Ehre kämpfte, hunderttausende Freiwilliger mit den übrigen Volksgenossen auf den Schlachtfeldern dafür Blut und Leben einsetzten und der Kaiser sagte: „Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche“? Ist ihnen nicht zum Bewußtsein gekommen, daß ihre Handlungsweise unter den gegebenen Verhältnissen ganz besonders verwerflich war? Das wäre schlimm, sehr schlimm....

Einheitliche Brotkarten.

Auf die Eingabe unseres Verbandes um einheitliche Brotkarten (siehe Nr. 26 der „Bergarbeiter-Zeitung“) an die Herren Regierungspräsidenten in Arnberg, Düsseldorf und Münster erfolgte folgende Antwort:

Arnberg, den 5. Juli 1915.

Ihre Eingabe vom 18. Juni 1915, betreffend Protokolle für eine vierstündige Uebersicht im Bergbau, ist Gegenstand von Verhandlungen der beteiligten Kommunalverbände gewesen. Es ist beschlossen worden, Ihrem Antrage auf Einführung von einheitlich gehaltenen Protokollarten für die Bergarbeiter in den Regierungsbezirken Düsseldorf und Arnberg und den Ministerialen Kreisen Miedinghausen-Stadt und -Land und Buer zu entsprechen. Die Zusätze eines vorstehend bezeichneten Kommunalverbandes werden also in Zukunft in den anderen Kommunalverbänden wie einheimische Protokolle eingeführt und zwar ohne Rücksicht auf ihre Gültigkeitsdauer. Die Protokolle des Regierungsbezirks Arnberg und der drei Kreise des Regierungsbezirks Münster werden als Zusatzkarten für Bergleute kenntlich gemacht durch Aufdruck des Stempels der ausgebenden Beche. Die beteiligten Kreise haben Kenntnis erhalten.

Weiter erfolgte von der Mehrverleiungstelle für den Regierungsbezirk Düsseldorf folgende Antwort:

Düsseldorf, den 7. Juli 1915.

Im Auftrage des Herrn Regierungspräsidenten zu Düsseldorf beehre ich mich Ihnen mitzuteilen, daß der mit Ihrer Eingabe vom 18. u. 20. d. M. geäußerte Wunsch auf Gültigkeit der rheinischen Bergarbeiter-Zusatzkarten in Weisfalen und umgekehrt Erfüllung gefunden hat, nachdem seit geraumer Zeit darüber Verhandlungen eingeleitet waren. Die Bergarbeiter-Zusatzkarte des Regierungsbezirks Düsseldorf werden künftig auf ihrem Ausdruck die Abänderung erfahren, daß sie als auch in dem Regierungsbezirk Arnberg und Münster einlösbar bezeichnet werden. Umgekehrt wird dafür gesorgt werden, daß die weisfälischen Brotkarten, soweit sie an Bergarbeiter als Zusatzkarte verausgabt werden, von den Wärdern des hiesigen Bezirks angenommen werden. Natürlich wird noch kurze Zeit vergehen, bis sämtliche in Frage kommende Wärdern und Brotwarenhändler über die neue Vereinbarung unterrichtet sind; auch müssen die bereits verausgabten Bergarbeiter-Zusatzkarten mit dem alten Ausdruck zunächst verbraucht werden, damit keine Verwirrung eintritt.

Der Geschäftsführer: Dr. Raft, Beigeordneter der Stadt Düsseldorf.

Schlagwetterexplosion auf Freie Vogel und Unverhofft.

Auf dieser Beche ereignete sich in der Nacht vom 9. auf den 10. Juli auf der 226-Metersohle, Schacht I, westliche Abteilung, Flöz Girondelle, eine Schlagwetterexplosion, wodurch die drei an der Unglücksstelle beschäftigten Arbeiter und vier Mann, die sich an der Rettung betätigten, getötet wurden. Ueber die Ursachen ist uns noch nichts bekannt geworden. Die „Mhein.-Westf. Zig.“ vom 11. Juli berichtet: „Da die Beche bisher wenig unter Wetter zu leiden hatte, so vermutet man, daß durch einen Schlag die angesammelten Gase zur Entzündung gebracht worden sind.“ Ob diese Vermutung richtig ist, bleibt abzuwarten.

Eine Belegschaftsversammlung d. Zeche Westende, Schacht I bis 4

fand am 4. Juli statt, welche sehr gut besucht war und einen recht anregenden Verlauf nahm. Die Mitglieder des Arbeiterausschusses gaben gemäß dem von der Belegschaftsversammlung vom 6. Juni erhaltenen Auftrage, über den Verlauf der außerordentlichen Ausschussführung Bericht. Leider mußten dieselben berichten, daß die Belegschaftsverwaltung auch in dieser Sitzung keinerlei Entgegenkommen auf einen Ausgleich der Löhne gezeigt habe, indem sich dieselbe darauf berufen habe, daß der durchschnittliche Dauerlohn in den letzten Monaten auf 8,81 Mk gestiegen sei, welches jedoch von der Versammlung entschieden bestritten wurde. Eine ganze Reihe von Arbeitern brachten in der Diskussion zum Ausdruck, daß sie wirklich froh sein würden, wenn sie einen derartigen Lohn verdienen würden.

Der Bezirksleiter des Bergarbeiterverbandes wies auf Grund des Geschäftsberichts der Gesellschaft Rhönig in den letzten Jahren nach, daß es der Verwaltung ganz gut möglich sei, allen Arbeitern einen Lohn zu zahlen, wodurch es ihnen möglich sei, in der jetzigen teuren Zeit mit ihren Familien leben zu können, was leider bei den jetzigen Löhnen einer großen Zahl der Arbeiter nicht möglich sei, ohne Schulden machen zu müssen. Machte doch die Gesellschaft in den letzten Jahren folgende Ueberschüsse:

Table with 2 columns: Betriebsgewinn and Dividende. Rows for years 1909, 1910, 1911, 1912, 1913.

An Kantinen wurden dem Aufsichtsrat gezahlt: 1909: 901 523 Mk., 1910: 1 538 648 Mk., 1911: 1 979 000 Mk., 1912: 2 134 577 Mk., 1913: 2 311 957 Mk.

Der Geschäftsbericht vom Jahre 1914 liegt leider noch nicht vor; sicher ist aber, daß die Gesellschaft trotz des Krieges einen guten Ueberschuss erzielt hat. Da sich nun die Verwaltung der Zeche weigert, überall dort, wo es notwendig ist, eine Gehaltserhöhung einzutreten zu lassen, nahm die Versammlung den Antrag, die Bergbehörde um Vermittelung zu ersuchen, einstimmig an und beauftragte die Organisationsleitung, in Gemeinschaft mit dem Arbeiterausschuss die notwendigen Schritte einzuleiten. Die Versammlung wurde erucht, auf einem Zettel die Löhne von den letzten Monaten anzugeben, um der Verwaltung beweisen zu können, daß ihre Berechnung nicht stimmen kann. Dem wurde entprochen und kann jetzt bereits festgestellt werden, daß eine große Anzahl Arbeiter kaum 5 Mk. verdient haben.

Ein Kamerad aus dem Revier II (Schacht I u. II) berichtet, daß am 8. Juli einer seiner Kameraden schwer verunglückt sei, und sei es ihnen nicht möglich gewesen, eine Tragbahre aufzutreiben. Sie mußten denselben auf einem Brett transportieren. Im Besonderen wurde auch darüber klage geführt, daß man den Bergarbeitern durch das Zehntelstreichen den Lohn herabdrückte. Einer Kameradschaft wurden im Mai von 1000 geförderter Wagen Kohlen 71 durch Zehntel gestrichen. Am 20. Juni hatte dieselbe Kameradschaft mittags von 24 geförderter Wagen Kohlen nicht weniger wie 40 Zehntel gestrichen, abends von 54 geförderter Wagen 58 Zehntel und am Sonntagmorgen von 54 Wagen 60 Zehntel. Auf diese Weise werden die Bergarbeiter um ihren Lohn gebracht und ist es leicht begreiflich, wenn die betreffenden Kameraden in der Versammlung meinten, sie würden auf diese Weise geradezu um ihren Lohn bestohlen. Warten wir also ab, was die Bergbehörde dazu sagen wird.

Eine Belegschaftsversammlung der Schächte von Mont-Cenis

fand am 4. Juli in Söbningen statt. Dieselbe war äußerst gut besucht. Ein Zeichen, daß die Bergarbeiter zurzeit der Lohnfrage ein sehr großes Interesse entgegenbringen. Von der Belegschaftsverwaltung waren erschienen die Herren Direktoren, die Betriebsführer und wohl ziemlich sämtliche Revierleiter. Nachdem der Arbeiterausschuss Bericht erstattet und erklärt hatte, die Verwaltung hätte in der Ausschussführung die Gewährung der von den Organisationen geforderten Teuerungszulage mit der Begründung abgelehnt, daß dann die Summenlisten dieselbe ebenso gut erhebelten wie die fleißigen Arbeiter, aber zugefugt habe, die Löhne im allgemeinen weiter steigen zu lassen, so daß die Forderung der Verbände noch übergriffen würde, nahm Herr Direktor Heier das Wort. Er erklärte die Ausführungen der Ausschussmitglieder für richtig und versuchte den Nachweis zu erbringen, daß die Gewerkschaft Mont-Cenis nicht mehr tun könne, wie sie getan habe und noch weiterhin zu tun beabsichtige. Eine Aufklärung über den Durchschnittslohn des Monats Juni konnte er noch nicht geben, glaubte aber, daß dieser die Höhe der Forderung der Verbände erreicht habe. Er habe auch schon den Wunsch ausgesprochen, die Versammlung um 8 bis 14 Tage zu verschieben, weil dann die Berechnung fertig sei.

In der Diskussion wurde hervorgehoben, daß die Gewerkschaft Mont-Cenis sehr wohl in der Lage gewesen sei, die Forderung der Organisationen direkt in Kraft zu setzen, denn die Ueberschüsse der Gewerkschaft seien enorm. Es sei nicht notwendig, so furchtbar hohe Abschreibungen in einer Zeit zu machen, in der die Gemeinden, der Staat und viele Arbeiterfamilien Schulden machen müßten, um existieren zu können. Es sei Pflicht der Gewerkschaft, dafür zu sorgen, daß die Arbeiter einen ausreichenden Lohn hätten, damit sie die notwendigen Lebensmittel beschaffen könnten.

Es wurde beschlossen, in nächster Zeit (innerhalb vier Wochen) eine nochmalige Belegschaftsversammlung abzuhalten, um damit dem Wunsch des Herrn Direktors, die Lohnhöhe vom Juni bezw. Juli zu prüfen, entgegenzukommen. Dies ist der Beweis, daß dort, wo der gute Wille ist, sich auch ein Weg finden läßt. Nebenfalls hat auch diese Versammlung dazu beigetragen, daß das gute Einvernehmen zwischen der Belegschaftsverwaltung und den Vertretern der Verbände, dem Arbeiterausschuss und der Belegschaft nicht gestört, sondern gefördert wird. Es ist nur zu wünschen, daß in sämtlichen Belegschaftsversammlungen die Belegschaftsverbände vertreten sind.

Oberbergamtsbezirk Bonn.

Eingabe um Teuerungszulage auf Grube Quäd und Florentine.

In die Deutsch-Luzemburgische Bergwerks- und Hütten-A.-G. zu Bochum richtete unser Verband folgende Eingabe:

Bochum, den 8. Juli 1915.

Im Auftrage der in unserem Verbandsorganisierten und auf der Grube Quäd u. Florentine beschäftigten Bergarbeiter erlauben wir uns, der Deutsch-Luzemburgischen Bergwerks- und Hütten-Aktiengesellschaft folgende Eingabe zu unterbreiten:

Wir ersuchen, den auf der Grube Quäd u. Florentine arbeitenden Bergarbeitern ab 1. Juli d. J. eine besondere Teuerungszulage zu gewähren oder eine allgemeine Lohnsteigerung einzutreten zu lassen, welche einer ins Gewicht fallenden Teuerungszulage gleichkommt.

Ueber die Höhe der Lohnaufbesserung wollen wir keine abgegrenzten Beträge oder Prozente in Vorschlag bringen. Wir bitten, sie so zu bemessen, daß sie etwa der allgemeinen Verteuerung der Lebenshaltung der in Frage kommenden Arbeiter entspricht.

Zur Begründung genügt wohl der Hinweis auf die eingetretene und Ihrer Gesellschaft ohne Zweifel auch in ihren Einzelheiten und Wirkungen sehr gut bekannten enormen Verteuerung sämtlicher Lebensbedürfnisse, insbesondere der für den Arbeiter hauptsächlich in Frage kommenden Lebensmittel.

Wir weisen noch darauf hin, daß bekannterweise die Löhne der Erzbergarbeiter des Ruhrreviers mit zu den niedrigsten gehören, die in den Bergrevieren Deutschlands gezahlt werden.

Zum Schluß erlauben wir uns, noch darauf aufmerksam zu machen, daß durch Bundesratsverordnung die Grenze des unpfändbaren Lohnes von 1500 auf 2000 Mark, also genau um ein Drittel, hinaufgesetzt und damit anerkannt ist, daß die allgemeine Teuerung mindestens ein Drittel ausmacht.

Wir bitten um wohlwollende Prüfung und Berücksichtigung unserer Eingabe, um so mehr, da nach Angabe der Bergwerksvereine auch in anderen Bergbauerevieren mit Rücksicht auf die Teuerung Lohnaufbesserungen eingetreten sind. So soll z. B. auch der Dauerlohn im Ruhrrevier auf 6,69 Mk. im Monat März gestiegen sein.

Günstigen Bescheid erhoffend, verbleibt Mit hochachtungsvollem Glüd auf! Der Vorstand des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands.

Königreich Sachlen.

Kriegsgefangene als Grubenarbeiter im Zwidauer Revier.

Am 30. Juni, früh 6 Uhr, rückten je 42 Mann Kriegsgefangene auf dem dritten und vierten Bräunbergschacht zur Arbeit an, unter Bedeckung von Landsturmlieuten. Sie sind in den Gruppenräumen von der übrigen Mannschaft getrennt. Die Gruppen bestehen teils aus Russen, teils aus Franzosen. Die heimische Mannschaft fährt zuerst ein, dann folgen die Kriegsgefangenen. Immer so viel Mann, wie ein Gestelle faßt, werden unter sicherem Geleit vom Umzugraum bis zur Hängebank geleitet. Sind sie dort eingetiegt und abgesehrt, begeben sich die Landsturmlieute wieder nach dem Umzugraum, um den nächsten Transport zur Hängebank zu geleiten. Die Kriegsgefangenen werden in allen Fächern der Grubenarbeit beschäftigt. Beim Fördern, als Reparaturarbeiter, vor Ort, beim Goldpfeilerbau usw. Sie sind also vollständig unter die heimische Mannschaft gemischt. Gestagt wurde niemand von den Arbeitern, ob er mit einem Russen, Franzosen, aber keinem Kriegsgefangenen arbeiten will. Die Grubenanzüge sind von der Werkverwaltung beschafft. Durchschnittlich erweisen sich die Fran-

zosen anstellig bei der Arbeit als die Russen. Als Dolmetscher fungieren Kriegsgefangene. Als Fehler muß bezeichnet werden, daß die heimische Arbeiterschaft sich nicht sprachlich mit den Kriegsgefangenen verständigen kann, was zum Vorteil bei der Arbeit dienen könnte; auch kann man sie nicht auf besondere Gefahren aufmerksam machen. Hier wäre es notwendig, jedem Ortsführer ein kleines Verzeichnis bergmännischer Uebersätze überlegt an die Hand zu geben, so daß der verantwortliche Mann sich wenigstens allennotdürftig verständigen könnte. Auch erscheint es notwendig, alle Warnungstafeln in der Muttersprache der Gefangenen aufzuhängen, was bis jetzt nach keiner Richtung der Fall ist. Die Befestigung erfolgt seitens des Werkes, sie soll recht aufreistellend sein, was die Gefangenen durch Streicheln des Leibes zu erkennen geben, daß es ihnen gut geschmeckt hat. Auch soll es recht viele unter der Belegschaft geben, die sich nach einer Schüssel solchen Essens sehnen, weil sie mit ihren Familien bei den jetzigen Lohn- und Teuerungsverhältnissen ein solches Essen sich nicht leisten können. Es tritt also das Verhältnis zutage, daß die Kriegsgefangenen in bezug auf Ernährung besser daran sind als heimische Arbeiter.

Auf Bezügen nach den Lohnverhältnissen wurde gesagt, die Kriegsgefangenen seien mit im Gebirge; es ist aber ein unhaltbarer Zustand, dann bei den gegenwärtigen Gebirgsarbeiten zu verbleiben, denn von den Kriegsgefangenen wird ganz bedeutend weniger geleistet, als von einheimischen Arbeitern. Die Schichtigkeit ist seit Einzug der Kriegsgefangenen eine neunstündige geworden. Die Aufsahrt beginnt jetzt 2 1/2 Uhr nachmittags. Vormer war die sechstündige Schicht üblich. Bei der Aufsahrt haben die Kriegsgefangenen den Vorteil, daß sie als erste wieder ans Tageslicht befördert werden. Ueber Tage geht es bei der Aufsahrt in derselben Weise zu wie bei der Einfahrt. Sobald sich die Leute im Brausebad vom Schmutz gereinigt und umgezogen haben, erhalten sie ihr Mittagessen. Fertig mit dem Essen, treten sie dann an, um sich nach dem Gefangenenlager zu begeben, unter lebhaftem Plaudern und Rauchen. Der Verkehr der Belegschaft mit den Kriegsgefangenen ist ein kameradschaftlicher.

Verbandsnachrichten.

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die 29. Woche (vom 11. bis 17. Juli 1915) fällig. Wir bitten unsere Mitglieder, um pünktliche Zahlung der Beiträge besorgt zu sein.

Mitgliederrevisionen.

In folgenden Zahlstellen findet Revision der Mitgliedsbücher statt und werden die Kameraden gebeten, dieselben bereitzulegen, damit den Revisoren unnötige Wege erspart bleiben: Offen, vom 10. bis 15. Juli. Studentenf. vom 17. bis 24. Juli. Werden-Muhr, vom 28. bis 31. Juli.

Für den Unterstützungsfonds

der Angehörigen der zur Fahne einberufenen Mitglieder gingen folgende Beiträge ein: In Bar: Zahlstelle Werlich (Bez. Miedinghausen) 16,85, Marxloh III (Bez. Oberhausen) 20,—, Walsum (Bez. Oberhausen) 2,—, Marxloh II (Bez. Oberhausen) 7,85, Miedinghausen-Süd II (Bez. Miedinghausen) 12,15, Weiberich II (Bez. Oberhausen) 7,65, Rünern (Bez. Hamm) 10,—, Westerholt (Bez. Miedinghausen) 11,75 Mk. *

Die Abrechnung für Mai

war bis zum 31. Juni nicht eingelangt von folgenden Zahlstellen: Bezirk Linden: Esborn, Gerbebe, Hiddinghausen. Bezirk Essen-Ost: Hellingen, Kettwig. Bezirk Oberhausen: Herten, Bezirk M. r. s. Halberberg, Bezirk Lahn-Dillkreis: Zeppenfeld, Oberhausen, Wittingen, Salburg. Bezirk Bayern: Arzberg. Bezirk Silbeseheim: Arzberg, Burgdorf, Carlshagen, Eschbe, Hildesheim, Hildsburg, Talsen, Wustrow. Bezirk Nordhausen: Mohleben, Leimbach, Tiefenort, Elgershausen. Bezirk Senftenberg: Mohl, Gündenberg, Triebel, Biebingen. Bez. Zeitz-Salungen: Schmiede-feld, Bezirk Ober-Schleisen.

Sterbetafel

Auf den Schlachtfeldern sind gefallen:

- List of names of fallen soldiers: Johann Holzer, Glabed I., Josef Wagner, Mühlth., Johann Schmidt, Gelsenkirchen III., Richard Getrich, Neu-Sain., Willi Scholz, Neu-Sain., Johann Hermann, Brand., Friedrich Marek, Brand., Ludwig Abrian, Ramm I., Heinrich Kupisch, Rothenbach., Franz Gallus, Waltr., Ernst Kühnweiser, Welsert., Emil Hartmann, Helmstedt., Albert Gell, Dießen., Franz Murr, Dießen., Peter Weder, Dortmund II., Gustav Dinslage, Dortmund II., Gustav Niemann, Witz-Baal., Rudolf Christie, Dorne., Karl Tigges, Esborn., Alfred Herden, Neurode., Bruno Herden, Neurode., Franz Weber, Neurode., Hermann Hubert, Neurode., Hugo Kresse, Neurode., Wilhelm Pflü, Obermarzsch., Johann Pajlowsky, Müttenscheid., Peter Kreis, Müttenscheid., Karl Erment Schmidtshorf., Gustav Hartmann, Schmidtshorf., Heinrich Schauer, Lachen., Nikolaus Hilgers, Kölscheid., Heinrich Lung, Zwickel., Heinrich Schür, Harde., Georg Bitter, Nhlen., Franz Grunnenberg, Herne I., Heinrich Janus, Langendreer II., Otto Heiß, Langendreer II., Ernst Schulte, Schanze., Heinrich Dunge, Wülse., Friedrich Woborn, Harpen., Johann Stapulla, Essen., Heinrich Hagemann, Essen., Kurt Stedel, Gainsdorf., Arno Weiße, Auerbach., Kurt Köpfer, Auerbach., Emil Pfeiler, Hohenmölsen., Emil Schneider, Hohenmölsen.

Wir werden das Andenken der Gefallenen in Ehren halten!

Achtung Anarpphastälteste! Kommission Dortmund.

Sonntag, den 18. Juli 1915, vormittags 9 Uhr, Quartals-Sitzung im Gewerkschaftshaus in Dortmund (Ecke Leibniz- und Rüstingstraße).